Die Approvisionierung Wiens.

Gegen die künstliche Zurückhaltung von Lebensmitteln.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erschien gestern beim Statthalter Freiherrn v. Bienerth, um von der Regierung die Erlassung einer Verordnung zu verlangen, durch welche die Einlagerung von Vorräten an wichtigen Lebensmitteln, die von den Besitzern oder Dispositionsberechtigten aus Spekulationsrücksichten zurückbehalten werden, verboten werden könnte. Ebenso wie der Militärverwaltung nach dem Kriegsdienstleistungsgesetz die Enteignung für die Bedürfnisse der Kombattanten gestattet ist, müsse auch den Zivilverwaltungen ein ähnliches Recht eingeräumt werden, um die breiten Massen der Konsumenten, aber auch die Interessen der kleinen Kaufleute und andrer Detaillisten zu wahren. Der Statthalter versprach, die Forderung des Bürgermeisters der Regierung unverweilt vorzulegen.

Die Versorgung mit Fleisch.

Von der Vorstehung der Wiener Fleischhauergenossenschaft werden wir um Aufnahme folgender Notiz ersucht:

Durch die geringe Zufuhr von Schlachtvieh auf dem letzten Rindermarkt und die dadurch verursachten bedeutenden Preissteigerungen fühlte sich die Vorstehung der Wiener Fleischhauergenossenschaft im Interesse des konsumierenden Publikums verpflichtet, in den verschiedenen Ministerien, in der Statthalterei und im Rathause Schritte zu unternehmen, um eine möglichst ausreichende Zufuhr von Schlacht- und Stechvieh für Wien zu sichern. Es wurde seitens der Behörden das Versprechen gegeben, diesen Wünschen tunlichst Rechnung zu tragen. Nach diesen Versicherungen ist kein Grund zu Befürchtungen, daß die Fleischapprovisionierung Wiens eine große Einschränkung erleiden könnte, vorhanden. Die Vorstehung ersucht die konsumierende Bevölkerung, dies zur Beruhigung gefälligst zur Kenntnis nehmen zu wollen, und gibt das Versprechen, soweit es in ihrer Macht steht, für eine klaglose, den Verhältnissen entsprechende Fleischapprovisionierung zu sorgen.

Die Wiener Fleischselchergenossenschaft hat an sämtliche Meister einen Aufruf ergehen lassen, der in den Geschäften zur Kenntnisnahme des Publikums affichiert werden soll. Dieser Aufruf hat folgenden Wortlaut:

Die Genossenschaft der Wiener Fleischselcher gibt dem P. T. Publikum bekannt, daß seitens des Magistrats der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wie auch seitens der maßgebenden Behörden während der Dauer des Krieges alle Vorkehrungen getroffen wurden, um die Fleischversorgung Wiens klaglos in unbeschränktem Maße aufrechtzuerhalten. Das P. T. Publikum wird daher gebeten, nicht durch übereilte Deckungskäufe selbst eine Erhöhung der Viehpreise zu verschulden, um so mehr, als die Genossenschaft beschlossen hat, künstliche Preistreibereien hintanzuhalten. Kein Wiener Fleischselcher wird einen etwaigen Notstand des Volkes für persönliche Zwecke ausnützen und jederzeit seine Waren im entsprechenden Verhältnisse zu den Vieheinkaufspreisen an seine P. T. Kunden abgeben. Ein Anlaß zur Beunruhigung des P. T. Publikums ist besonders bezüglich Rohspecks und Schmalz nicht gegeben, da die Vorräte nicht ausgeführt werden können und reichlich den Bedarf decken. Die Wiener Fleischselchergenossenschaft appelliert an das P. T. Publikum, nach wie vor in vollster Ruhe seine für den täglichen Bedarf erforderlichen Einkäufe zu besorgen und die Meisterschaft in dem Bestreben, billige Vieh- und Fleischpreise zu erhalten, zu unterstützen.

Die Aktion der Hausfrauen.

Die Abordnung der Vorsitzenden der Reichsorganisation der Hausfrauen war gestern um 6 Uhr zum Bürgermeister zu einer Konferenz beschieden, in welcher auch die Vizebürgermeister Hierhammer und Hoß sowie Obermagistratsrat Dr. Dont und Magistratssekretär Böttger anwesend waren. In der Konferenz besprach Bürgermeister Dr. Weiskirchner in ausführlicher Weise die Vorschläge der Hausfrauenorganisation.

Von der Einführung der Maximaltarife kann vorerst abgesehen werden, da nach den erhobenen Marktberichten eine Beruhigung auf den Lebensmittelmärkten zu konstatieren ist. Der Bürgermeister behält sich jedoch vor, mit dieser Maßnahme gegebenenfalls vorzugehen und ersucht die Hausfrauenorganisationen, die nötige Zahl geeigneter Marktkontrollorinnen für diesen Zeitpunkt zur Verfügung zu stellen.

Die Vizebürgermeister besuchen täglich in den Morgenstunden die Märkte, und die Hausfrauen werden aufmerksam gemacht, um diese Zeit ihre Einkäufe zu machen, da die Preise sich des Morgens billiger stellen.

Die offiziellen Marktberichte konstatieren, daß gestern Kartoffeln mit 16 H. im Detailverkaufe gehandelt wurden.

Die Hausfrauen werden weiter darauf aufmerksam gemacht, in allen Fällen, in welchen sich eine nicht gerechtfertigte Preisbildung bemerkbar macht, die Marktamtsorgane in Anspruch zu nehmen, da diese von seiten des Bürgermeisters zur Hintanhaltung von Preistreibereien strikte Weisungen erhalten haben. Die Vorsitzenden der Hausfrauenorganisationen wiesen bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß durch die Abberufung der Männer sich vielfach die Notwendigkeit herausstellen wird, die auf dem Großmarkt gekauften Gemüse und Obstwaren durch Frauen mittels Handwagen in die äußeren Bezirke zu befördern, und regten die Benützung der Straßenbahn in den Morgenstunden an.

Der Bürgermeister gab ferner bekannt, daß er der Reichsorganisation der Hausfrauen zu Zwecken der Frauenhilfsaktion im Kriege Lokalitäten in der Mädchenvolksschule 6. Bezirk, Gumpendorferstraße Nr. 4 überlassen werde. Er sprach den ausdrücklichen Wunsch aus, von den Hausfrauenorganisationen in seinem Bestreben, das ganze Arbeitsvermittlungswesen in Relation zu bringen, unterstützt zu werden, und es werden in dieser Angelegenheit eingehende Besprechungen mit dem Obermagistratsrat Dr. Dont gepflogen werden.

Bezüglich der Fürsorge für die Kinder der Einberufenen wird die Frauenhilfsaktion im Kriege gemeinsam mit den charitativen Vereinen zu einer Zentralisation dieses Zweiges der Frauenhilfsaktion beitragen.

Die Vorsitzenden der Reichsorganisation der Hausfrauen wiesen auf die Notwendigkeit hin, dahin einzuwirken, daß der Ueberschuß der weiblichen Arbeitskräfte bewogen werde, die landwirtschaftliche Produktion so wie jetzt zur Erntezeit auch in Kriegszeiten zu sichern.

Der Bürgermeister machte die Delegation der Hausfrauen mit der Schaffung des Kriegsfürsorgeamtes und der Auskunftstelle im Kriegsministerium bekannt und besprach die Aufgaben der Zentralstelle für die Fürsorge der Familien der Einberufenen.